Mehr Geld für Bundeswehr, Porsche-Börsengang, Orsay schließt 79 Läden

Mehr Geld für Bundeswehr

Als Reaktion auf den Angriff Russlands auf die Ukraine hat Bundesfinanzminister Christian Lindner mehr Mittel für die Bundeswehr verlangt. Er meinte: Die deutsche Politik müsse lernen, dass auch Bündnisverteidigung eine politische Priorität ist. Nach der Finanzplanung der alten Bundesregierung wären die Mittel für die Bundeswehr in den kommenden Jahren gesunken. Auch beim grünen Koalitionspartner sieht man das ähnlich. Aus Sicht von Vizekanzler Robert Habeck muss mehr in die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr investiert werden. Außerdem müsse Deutschland seine Energieversorgung unabhängiger von Russland aufstellen. (Spiegel Online)

Porsche-Börsengang

Grundsätzlich haben die obersten Gremien des Volkswagen-Konzerns einem Börsengang der Tochter Porsche zugestimmt. Die Umsetzbarkeit wird nach der Genehmigung von Vorstands und Aufsichtsrat konkret geprüft. Dies teilte der größte Autokonzern Europas am Donnerstagabend (24.02.2022) mit. Es geht um die Porsche AG, in der das operative Geschäft des Stuttgarter Sport- und Geländewagenbauers gebündelt ist. Das Unternehmen ist ein zentraler Gewinnbringer der VW-Gruppe. Bei einem erfolgreichen Gang aufs Börsenparkett dürfte man dessen Grundkapital wohl zur Hälfte in Stamm- und Vorzugsaktien aufspalten – bis zu ein Viertel der Vorzugspapiere könnte dann öffentlich gehandelt werden. (Manager Magazin)

Orsay schließt 79 Läden

Wie kaum ein anderer Einzelhandelsbereich leiden Modeläden

bekanntermaßen unter Corona und den konkurrierenden Onlineshops. Nun muss die Fast-Fashion-Kette Orsay Konsequenzen ziehen. In den nächsten Wochen sollen 79 der insgesamt 197 Filialen in Deutschland geschlossen werden. Wie es in der Unternehmensführung heißt, seien die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert worden, wobei die Entscheidung die wenigstens überrascht haben dürfte. Obwohl Orsay eigenen Angaben zufolge bereits vor Corona etwa ein Fünftel seines Umsatzes online erwirtschaftete, konnten die Einbrüche im Ladengeschäft damit nicht kompensiert werden. (Berliner Zeitung)